

Sozialdemokratischer Pressedienst

Chefredakteur:
Helmut G. Schmidt
Verantwortlich: Rudolf Schwinn

Telefon: (02 28) 2* 90 38/39
Telex: 8 86 848 pbbn d

Inhalt

Dr. Hans Apel MdB fordert den Kampf gegen die Massenarbeitslosigkeit als Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft: Im deutschen Interesse.

Seite 1

Alfons Pawelczyk skizziert die Politik der inneren Sicherheit für Hamburg: Die Polizei muß dem Bürger liberal gegenüber treten.

Seite 3

Dr. Henning Scherf resümiert Eindrücke einer Amerika-Reise: Die Schattten der Armut werden immer länger.

Seite 5

41. Jahrgang / 160

25. August 1986

Im deutschen Interesse

Kampf der Massenarbeitslosigkeit als Beitrag zur Stabilisierung der Weltwirtschaft

Von Dr. Hans Apel MdB
Finanzpolitischer Sprecher der SPD-Bundestagsfraktion

Wie der gegenwärtige deutsch-amerikanische Disput zeigt, hat der Appell des Weltwirtschaftsgipfels in Tokio vom Mai, die internationale Koordinierung der Wirtschafts- und Finanzpolitiken zu verstärken, in der Regierungskoalition keinen Fürsprecher mehr:

Die expansive Fiskal- und Geldpolitik der USA war der entscheidende Motor zur Wiederbelebung der Weltkonjunktur, der deutsche Exportboom der letzten Jahre wäre ohne dieses Stimulans nicht denkbar gewesen. Jüngste Indikatoren zeigen jedoch, daß der internationale Konjunkturzug zunehmend an Fahrt verliert. In den USA, Großbritannien und Japan sind Schwächezeichen unübersehbar. Die saisonbereinigte Jahresrate des zweiten Quartals 1986 weist für die USA nur noch ein Wirtschaftswachstum von 0,6 Prozent aus. Auch bei uns lag das Bruttosozialprodukt im 1. Halbjahr 1986 gegenüber dem gleichen Vorjahreszeitraum real nur noch um 2,3 Prozent höher und damit deutlich unter der Projektion des Jahreswirtschaftsberichts von drei Prozent für das gesamte Jahr.

Angesichts der deutlichen Abschwächung der amerikanischen Konjunktur ist es verständlich, daß die USA die bestehenden Ungleichgewichte in den Leistungsbilanzen der drei größten Welthandelsländer nicht länger hinzunehmen gewillt sind. Sie fordern Japan und - in den letzten Monaten verstärkt - auch die Bundesrepublik Deutschland auf, über eine Belebung der Binnennachfrage und damit über höhere Importe zum Ausgleich des amerikanischen Leistungsbilanzdefizits beizutragen. Sie erinnern uns daran, daß unsere Überschüsse die Defizite der Anderen sind.

Ein Drittel unseres Sozialprodukts wird im Export erwirtschaftet, jeder 4. Arbeitsplatz in der Bundesrepublik Deutschland ist vom Export abhängig. Die Warnungen, den Dollar-Kurs noch weiter absacken zu lassen und zum Schutz der heimischen Wirtschaft protek-

Verlag, Redaktion und Druck:
Sozialdemokratischer Pressedienst GmbH
Heussallee 2-10, Pressehaus I/217
5300 Bonn 1, Postfach 120408

Erscheint täglich von Montag bis Freitag.
Bezug nur im Abonnement. Preis DM 82,50
mtl. zuzügl. Mwst und Versand.

Printed in Germany
with vegetable-based ink
Recycling Paper



tionistische Schutzwälle zu errichten, müssen daher mit Sorge registriert werden. Die Bundesregierung aber ignoriert die Gefahren, die ein Währungs- und Handelskrieg mit den USA für unsere Beschäftigungslage haben würde. Sie spielt den Schulmeister und fordert die Amerikaner auf, zuerst die eigenen Hausaufgaben zu erledigen und das US-Budgetdefizit abzubauen.

Die Bundesrepublik Deutschland allein kann keine Lokomotiv-Funktion für die Weltwirtschaft übernehmen: Unser Anteil am Sozialprodukt aller OECD-Länder liegt nur bei rund neun Prozent. Entscheidend ist aber, daß wir unsere Bereitschaft zu einer international abgestimmten Anpassungsstrategie demonstrieren und die US-Regierung dadurch in ihrem Abwehrkampf gegenüber protektionistischen Bestrebungen unterstützen. Es ist keine Frage, daß das US-Budgetdefizit, das im Haushaltsjahr 1986 bei voraussichtlich 230 Milliarden Dollar liegen wird, abgebaut werden muß. Eine Stabilisierung der Devisenmärkte, eine deutliche Rückführung des internationalen Zinsniveaus und eine Lösung der Schuldenkrise sind ohne nennenswerte Konsolidierungserfolge in den USA kaum vorstellbar.

Die Amerikaner sehen aber auch, daß niedrigere Staatsausgaben einen Nachfrageausfall bedeuten, aber die rezessiven Tendenzen noch verstärken würde. Eine Belebung ihrer Exportwirtschaft zur Kompensation geringerer staatlicher Nachfrage dient daher der Flankierung des Schuldenabbaus.

Um unseren Beitrag im Rahmen dieses Anpassungsprozesses zu leisten, vor allem aber, weil es im deutschen Interesse liegt, fordern wir bei uns eine aktive Wirtschafts- und Finanzpolitik. Wir fordern keine kurzatmigen Beschäftigungsprogramme, sondern eine nachhaltige Belebung der Binnen- nachfrage, die unserer Wirtschaft langfristige Perspektiven bietet. Angesichts der niedrigen Preissteigerungsrate sind hiervon inflationäre Wirkungen nicht zu erwarten.

Zu dieser Politik gehört, daß die Investitionstätigkeit der öffentlichen Hand wieder auf ein Normalniveau gebracht wird. Der Anteil der öffentlichen Investitionen am Bruttosozialprodukt ist von drei Prozent in 1982 auf 2,5 Prozent in 1985 zurückgegangen, für 1986 ist keine Besserung zu erwarten. Diese Investitionszurückhaltung der öffentlichen Hand kann die Leistungsfähigkeit unserer Volkswirtschaft nicht unberührt lassen - sie geht zu Lasten unserer Zukunft.

Unser solide finanziertes Investitionsprojekt „Arbeit und Umwelt“ trägt zur ökologischen Modernisierung unserer Volkswirtschaft bei, es wird 400.000 neue Arbeitsplätze schaffen. Wir fordern neue Anstrengungen für eine sichere, sozial-verträgliche und umweltfreundliche Energieversorgung. Hier bieten sich unserer Wirtschaft große Chancen auch auf den Weltmärkten. Der kommunalen Investitionsfähigkeit kommt besondere Bedeutung zu - zu ihrer Wiederbelebung muß die Finanzkraft der Gemeinden nachhaltig gestärkt werden.

Auch mit einer langfristig angelegten Steuerpolitik, die eine sozial gerechtere Lastenverteilung mit sich bringt, müssen binnenwirtschaftliche Impulse gegeben werden: Die von der SPD geforderte schrittweise steuerliche Entlastung, vor allem der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen, stärkt die Kaufkraft breiter Bevölkerungsteile. Unser Steuerkonzept, über das der Nürnberger Parteitag in dieser Woche beschließen wird, ist damit auch ein wirksames Konjunktur- und Beschäftigungsprogramm.

Auch die Geldpolitik muß ihren Beitrag leisten. Auf keinen Fall darf die Bundesbank in den nächsten Monaten versuchen, mit einer restriktiven Geldpolitik die Zentralbankgeldmenge in den von ihr vorgegebenen Zieltrichter zurückzudrängen. Die jetzige Geldversorgung entspricht eher den wachstumspolitischen Notwendigkeiten.

Eine Ausschöpfung des noch bestehenden Spielraums zur Senkung der Leitzinsen würde in den USA als Signal verstanden werden, daß sich die Bundesrepublik Deutschland ihrer weltwirtschaftlichen Mitverantwortung nicht länger entzieht.

(-/25.8.1986/rs/ks)

* * *



Politik der Inneren Sicherheit für Hamburg

Die Polizei muß dem Bürger liberal gegenübertreten

Von Alfons Pawelczyk
Zweiter Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg

Innere Sicherheit ist für den Bürger vor allem daran spürbar, wie er Schutz vor Kriminalität und deren Gefahren erfährt und wie frei von staatlichen Eingriffsmaßnahmen er seine Rechte in unserer Gesellschaft wahrnehmen kann. Der Bürger muß Vertrauen in die Kräfte der inneren Sicherheit haben können und insbesondere immer sicher sein, daß es zu deren beruflichem Ethos gehört, zum Frieden in der Gesellschaft beizutragen, den Bürger und seine Rechte zu schützen und nur zu diesem Schutz gegen den einzuschreiten, der Recht und Gesetz verletzt.

Das Vertrauen des Bürgers in die innere Sicherheit war in der letzten Zeit in Hamburg zweifach gefährdet: einmal durch die Ausschreitungen von Gewalttätern bei Demonstrationen und die kritisierten Maßnahmen der Polizei, zum anderen durch den erreichten Stand der Kriminalität, insbesondere durch die Zunahme bestimmter Formen schwer aufklärbarer Massenkriminalität.

Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg hat am 21. August 1986 eine Reihe von Verbesserungen im Bereich der inneren Sicherheit und der Verbrechensbekämpfung beschlossen.

Die Maßnahmen haben insgesamt das Ziel, die Hamburger Polizei verstärkt auf folgende Grundzüge auszurichten:

- Die Polizei hat dem rechtstreuen Bürger liberal gegenüberzutreten, ihn in der Wahrnehmung seiner Rechte zu schützen. Der einzelne Polizeibeamte tut das unabhängig von seiner persönlichen Meinung, denn er schützt nicht bestimmte Lebensauffassungen oder bestimmte politische Auffassungen, sondern das Recht des Bürgers, sich frei zu entfalten, und dessen Recht, eine eigene Meinung zu haben und für sie zu werben.

Der Respekt vor dem Persönlichkeitsrecht und dem Recht auf Versammlungsfreiheit gebietet, jede Kollision in diesem Bereich sofort kritisch anzuarbeiten. Es darf keinen Zweifel geben, daß die Polizei sich bei der strikten Einhaltung der Gesetze, die sie zu schützen hat, vorbildlich verhält. Zweifeln oder Fehlern muß sofort nachgegangen werden.



Die Verantwortlichen für die innere Sicherheit müssen einen Beitrag zur Deeskalation leisten. Hamburg geht mit gutem Beispiel voran. Hamburg wird auch in Zukunft bei der Aus- und Weiterbildung der Polizei ausdrücklich nicht vom „Schlimmsten“ ausgehen. „Feindbilder“ vergiften das Verhältnis zwischen Bürger und Polizei!

Hamburg wird auch künftig härtere Gesetze und Waffen ablehnen. Zum Ethos des Polizeiberufs gehört es, für Sicherheit auf der Basis bestehender Gesetze zu sorgen. Härtere Waffen und schärfere Gesetze sind nicht geeignet, zeitlich begrenzte Schwierigkeiten zu überwinden. Hamburg lehnt weiterhin alles ab, was im Verhältnis zwischen Bürgern und Polizei auf Dauer Distanz schafft. Die Polizei verdient bei ihrer schweren Aufgabe die Unterstützung und Inschutznahme durch die politisch Verantwortlichen.

- Die Polizei hat den Bürger vor Gefahren zu schützen. Sie ist Schutzpolizei. Dazu gehört, daß sie ihn vor Kriminalität schützt und konsequent gegen Rechtsbrecher durchgreift. Es darf auch keinen Zweifel geben, daß die Polizei in der Lage ist, Rechtsbrechern und Gewalttätern konsequent entgegenzutreten.

Die Polizei hat das in einer vorbildlich rechtsstaatlichen Einstellung zu gewährleisten. Die Polizei wehrt Gefahren ab und ermittelt bei Straftaten, aber sie ist nicht Richter und vollzieht keine Strafen. Eine strikt rechtsstaatliche Einstellung ist die unabdingbare Grundlage für das Vertrauensverhältnis zwischen Bürger und Polizei.

- Die Polizei muß ihre Arbeit mit handwerklicher Genauigkeit beherrschen. Das erfordert eine gut durchdachte Grundausbildung und eine berufsbegleitende Aus- und Weiterbildung, die ständig an den sich verändernden Bedingungen im Bereich der inneren Sicherheit zu orientieren ist.

Die konkreten Maßnahmen, die der Hamburger Senat nun beschlossen hat, beziehen sich im wesentlichen auf eine gezielte personelle Verstärkung der Polizei und deren technische Ausstattung sowie auf eine verbesserte Aus- und Fortbildung der Polizeibeamten. (-/25.8.1986/rs/ks)

* * *

Die Schatten werden immer länger - Armut in den USA

Eine funktionierende Demokratie braucht den Sozialstaat

Von Dr. Henning Scherf
Bremer Senator für Soziales, Jugend und Sport

Kennen Sie ein Land, in dem täglich tausende Menschen sich vor kirchlichen Suppenküchen drängen, in dem gestandene Arbeiter - just arbeitslos geworden - plötzlich erkennen, daß sie nicht mehr zum Arzt gehen können; in dem von einem Tag zum nächsten der Lohn um die Hälfte gekürzt wird? Die Rede ist von den USA im sechsten Jahr der Präsidentschaft von Ronald Reagan. Der traditionell in den USA nur bescheiden entwickelte Sozialstaat ist in den vergangenen Jahren bis zur völligen Bedeutungslosigkeit gekürzt und demontiert worden. Mit knall-harten Ergebnissen:

- rund 20 Prozent der Bevölkerung leben an oder unterhalb der Armutsgrenze
- wachsende Teile der sozial Schwachen haben keinerlei Anspruch auf medizinische Versorgung
- über die großen Städte schwappt eine Woge der Obdachlosigkeit
- immer größere Gruppen des traditionell weißen Mittelstands werden durch den industriellen Strukturwandel in Niedriglohn-Jobs gedrückt
- die Analphabetenrate steigt beständig
- die Reichen werden immer reicher: 0,5 Prozent der Bevölkerung besitzen inzwischen 35 Prozent (!) des Gesamtvermögens.

Nun kann man diese Fakten entweder zur Kenntnis nehmen oder sie zu verdrängen suchen. Tatsächlich aber haben die Ergebnisse der amerikanischen Wirtschaftspolitik (denn so nennt man dort das Sozialabbau-Programm) für Europa, für die Bundesrepublik zentrale Bedeutung:

Erstens haben wir es mit einer Bundesregierung zu tun, die für Thatcherismus und Reaganomics große Sympathie empfindet, die unserem Sozialstaat gerne ähnlich ungeniert zu Leibe rücken würde. Zweitens weist nicht zuletzt immer wieder US-Botschafter Richard Burt auf die angeblichen Erfolge der amerikanischen Ökonomie hin - in der Hoffnung, damit in der Bundesrepublik Nachahmer im Kabinett Kohl zu finden. Drittens schließlich sucht die SPD Wege der Kritik, die nicht als prinzipiell amerikafeindlich denunziert werden können.

Unsere Beziehungen zu den USA leiden unter der Dominanz bündnis- und militärpolitischer Themen. Tatsächlich fehlt im Rahmen eines ernsthaften Dialogs die sozialpolitische Seite fast vollständig. Hier gibt es großen Nachholbedarf - außerhalb der Regierung findet sich drüben eine wachsende Kritikerschar bei Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und in der Demokratischen Partei, die gegen Reagans „Klassenkampf von oben“ anzugehen versuchen.

Die Armen müssen Maßstab sein - so der bemerkenswert gründliche und kritische Hirtenbrief der katholischen US-Bischöfe zur Lage der Menschen in ihrem Land: „Verstärkte wirtschaftliche Teilhabe der am Rande der Gesellschaft stehenden hat Vorrang vor der Wahrung der Zusammenballung von Macht-, Reichtums- und Eigentumsprivilegien.“ Wohlgermerkt, keine Forderung aus dem SPD-Programm, sondern katholische Bischöfe.

Die Analyse ist auf einen Kernpunkt zu bündeln - und der betrifft die Regierungen in Washington und Bonn gleichermaßen: eine Politik, die sozialen Frieden nicht als hohes Gut der Gesellschaft anerkennt, sondern nur als störenden Kostenfaktor betrachtet, spaltet das Land, zerstört die Gesellschaft, vertieft die politischen Gräben und gefährdet damit in der Konsequenz eine funktionierende Demokratie! Wer bedenkt, daß in den USA nur 24 Prozent der Wahlberechtigten Reagan gewählt haben (möglich durch die geringe Wahlbeteiligung), wer sieht, daß große Städte in bürgerkriegsähnliche Gettos zerschnitten sind, daß unter der Strukturkrise alte Industrieregionen einfach aufgegeben werden - der erkennt, daß Wege zurück in den Manchester-Kapitalismus den ganzen großen Kontinent erschüttern.

Für die bundesdeutsche Diskussion muß diese Analyse Konsequenzen haben - widerlegt sind all die eilfertigen Bewunderer des angeblichen neuen amerikanischen Wirtschaftswunders. Hier bei uns wird von den Konservativen mit falschen Karten gespielt! Sie nennen es Beschäftigungswunder - es ist massiver Lohnabbau. Sie nennen es mehr Markt - es ist gnadenlose Konkurrenz. Kurzfristig mag eine solche Strategie die Wirtschaft ankurbeln. Auf lange Sicht jedoch wird hier der sozialen Demokratie das Fundament zerstört.

(-/25.8.1986/st/ks)

* * *

